Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **S. V.** — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis beträgt 2 G.-M., die Einzelnummer kostet 10 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Gegr. 1840.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 72 — Olpe, Dienstag, den 25. März 1924 — 84. Jahrg.

Die Ansprache des Papstes im geheimen Konsistorium.

Wiederaufnahme der Sachverständigenberatungen

Der Persische Schah abgesetzt

Ein schweres Eisenbahnunglück.

Eine bedeutsame Ansprache des Papstes

WTB **Rom**, 24. März. (Drahtb.) Im heutigen geheimen Konsistorium anläßlich der Kreirung der beiden amerikanischen Kardinäle, nämlich der Erzbischöfe **von Newyork** und Chicago sprach der Papst **in einer Ansprache** seine **Genugtuung** über die Ergebenheit der französischen Katholiken sowie seine Zufriedenheit über die neue Regelung der kirchlichen Verhältnisse in Frankreich aus. In wehmütiger Weise gedachte er der beiden Bischöfe und der anderen russischen Prälaten, die von der **Sowjetregierung noch in Kerkerhaft** gehalten werden und forderte die ganze Welt auf, ihnen **Hilfe** zu bringen. Den **Vereinigten Staaten** von Nordamerika dankte er für die vielfachen Beweise ihrer lebhaften **caritativen** Betätigung. Mit Freude begrüßte er, daß in Italien durch Gesetz der **Religionsunterricht in der Schule wieder eingeführt** sei und daß man auch in Italien gesetzlich die **Geistlichen von der Militärpflicht wiederbefreit habe.** Mit Freude wies er auf das Zustandekommen des 1. ökumenischen **Patriarchats** in China hin. Sehr warme Worte fand er für die große **Missionsausstellung** der ganzen Welt in Rom, welche die Unterstützung aller Kreise der Katholiken im weitesten Maße verdiene. Begeistert forderte er zur **Pflege des Missionswerkes** in der ganzen Welt auf. Er schloß mit einem Hinweis auf das Ende April beginnende **Jubiläumsjahr.**

* Durch die Erhebung der Erzbischöfe von Newyork und Chicago zur Kardinälen werden die Vereinigten Staaten Nordamerikas 4 Kardinäle zählen. Die neuen Kardinäle sind 57 und 52 Jahre alt. Kardinal Mündelein, Erzbischof von Chicago, ist der jüngste unter allen Kardinälen. Er stammt von deutschen Eltern ab und ist in Newyork geboren. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika zählen, nach einer Mitteilung der „Universe", der führenden katholischen Wochenzeitschrift Englands vom 21. März dieses Jahres 22 733 254 Katholiken; sie bilden über ein Fünftel der ganzen Bevölkerung. Diese Statistik ist nach dem Stande vom 1. Dezember vorigen Jahres aufgestellt.

Wiederaufnahme der Sachverständigenberatungen.

WTB **Paris**, 25. März. (Drahtb.) In der heutigen Morgenausgabe macht der Temps eine aufsehenerregende Mitteilung, für die er die volle Verantwortung, wie er besonders betont, übernimmt:

Die **abgebrochenen** Beratungen der Sachverständigen werden Mittwoch oder Donnerstag wieder aufgenommen. Die beiden Unterausschüsse des ersten Sachverständigenausschusses werden zuerst getrennt beraten und am Freitag Morgen in einer Plenarsitzung das Ergebnis ihrer Beratungen mitteilen.

Der Ausschuß unter Leitung Mac Kennas wird am Ende dieser Woche noch wieder zusammentreten.

Um den persischen Thron.

London, 24. März. Aus Teheran wird gemeldet, daß die persische Regierung angesichts der Oppesition des Klerus den Gedanken an eine Ausrufung der Republik vorläufig fallen läßt. Im Parlamente wurde vorgestern über die Frage verhandelt. Die Eingänge des Gebäudes waren von einer großen Menschenmenge umlagert, die gegen die Einführung der republikanischen Regierungsform eine feindselige Haltung einnahm. Das Parlament hat schließlich die

Absetzung des gegenwärtigen Schahs beschlossen

und verfügt, daß sein zweijähriger Sohn den Thron besteigen wird. Für die Dauer der Unmündigkeit des neuen Schahs wird ein Regent ernannt werden.

Liebesgaben der Deutschen in Paraguay.

WTB **Berlin**, 24. März. Eine Reihe von bedeutsamen deutschen Firmen in Assuncion (Paraguay) haben unter Führung des Herrn Alfred Minner einen Betrag von 3580 Pesos Gold gezeichnet; bestimmungsgemäß ist für diesen Betrag durch eine Hamburger Firma eine Partie guten Schweinefetts eingekauft worden, das durch Vermittlung des Roten Kreuzes in Berlin, insbesondere an Angehörige des leidenden Mittelstandes, Kriegerwitwen und Studentenspeiseanstalten verteilt worden ist. Die Sammlungen in Assuncion werden fortgesetzt.

Macdonald und der französische Botschafter.

WTB **Paris**, 24. März. (Drahtbericht.)

Der Temps bespricht in einem Leitartikel die Unterredung des französischen Botschafters mit Macdonald. Es mißfällt dem Blatte, daß solche Unterredungen 36 Stunden vorher der ganzen Welt angekündigt würden. Bei derartigen Verhandlungen sei etwas Diskretion angebracht. Die Behauptung, daß der französische Botschafter Macdonald einen Sicherheitspakt vorgeschlagen habe, sei unrichtig. Der französische Botschafter sei im Gegenteil beauftragt, einen derartigen Vorschlag zurückzuweisen. Dieser Vorschlag laufe darauf hinaus, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen. Poincare habe dies zurückgewiesen und zur Begründung seines Standpunktes ein Memorandum nach London gehen lassen. Der Temps glaubt nicht, daß der britische Geschäftsträger einen derartigen Vorschlag gemacht hat. Poincare habe auch kein Memorandum abgefaßt. Die französische Regierung schlage keine Konventionen vor. Frankreich sei der Ansicht, daß es das einzig Richtige sei, über die Sicherheitsfrage zu verhandeln. Frankreich habe keine besondere Formel. Es sei bereit, alles was England in diesem Falle zu sagen haben werde, in durchaus freundschaftlichem Geist heranzuziehen.

Der Kampf um die Regierungsform in Griechenland.

() **London**, 24. März. Aus Athen wird gemeldet, daß das Parlament heute zusammentritt und die Regierung eine Resolution auf Absetzung der Dynastie und Abänderung der Regierungsform einbringen wird. Die Ausrufung der Republik wird nach dem Daily Mail wahrscheinlich Dienstagvormittag im Parlamente erfolgen. Der griechische König beabsichtigt jedoch in einer besonderen Proklamation gegen den Beschluß des Parlamentes zu protestieren und ihn als ungültig zu verwerfen.

Stresemann spricht.

WTB **Darmstadt**, 23. März. (Drahtb.) Bei einer von der deutschen Volkspartei einberufenen Versammlung wies der Minister des Aeußeren Dr. Stresemann auf

die Bedeutung der kommenden Wahlen für die Entwicklung Deutschlands und ihrer weltgeschichtlichen Entscheidungen

hin. Nach einem Rückblick auf die letzten Jahre ging er auf die Haltung der **deutschen Volkspartei** ein die an den verantwortungsreichsten Arbeiten mitgewirkt habe.

Wir verlangen einen groß-nationale Einheit.

Er **warnte** davor, zu glauben, daß man eine **Aenderung der Verhältnisse durch die Zerreißung des Versailler Vertrages erzielen könnte.** Die Aufklärungsarbeiten des Reiches und der Beraterorganisationen seien nicht ohne Wirkung geblieben. Der Außenminister ging dann auf

die Anleihe der Bank von England

ein und wandte sich im einzelnen zunächst gegen den Vorwurf, daß er seine Politik allen anderen Fragen vorangestellt habe.

Zur Innenpolitik

erklärte Dr. Stresemann, Entscheidend sei gewesen, daß man die Währung stabilisiert habe. Die Herabsetzung der Beamtengehälter sei nur für eine Uebergangszeit gedacht. Die deutsche Volkspartei bekenne sich offen zu der Verantwortung, die die Regierung auf sich genommen habe, die darauf hinausgeht, das Deutsche Reich wiederaufzurichten.

Das französische Finanzgesetz von Kammer und Senat angenommen.

WTB **Paris**, 23. März. Kammer und Senat haben heute nacht die Beratungen des Finanzgesetzes beendet. Gegen 11 Uhr kam es zu einer Einigung über einen gemeinsamen Text. Die Kammer nahm schließlich das Gesetz mit 370 gegen 172, der Senat mit 143 gegen 11 Stimmen an. Kammer und Senat haben sich darauf auf kommenden Dienstag vertagt.

Tragik.

WTB **Berlin**, 24. März. Der im vorigen Sommer wegen angeblicher Sabotage im Ruhrgebiet von den Franzosen verhaftete, ursprünglich zum Tode, dann zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilte, und seit Monaten im Gefängnis St. Martin der untergebrachte Reichsangehöriger Dreyer, der vor 8 Tagen vom französischen Präsidenten Millerand, da er tödlich erkrankt war, begnadigt worden ist, ist gestern im Zivilkrankenhaus in St. Martin de Re in Gegenwart seines Vaters, der gekommen war, um ihn in die Heimat zurückzubringen, gestorben.

China zuckt zurück.

)(**London**, 24. März. Reuter meldet aus Peking: Das chinesische Ministerium des Aeußern hat auf die Sowjetnote vom 19. März eine Antwort gesandt, in der es heißt, Karachan sei in der Angelegenheit der Unterzeichnung des chinesisch-russischen Vertrages einem Mißverständnis zum Opfer gefallen. China sei bereit, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

)(**Moskau**, 23. März. Zahlreiche Delegationen politischer und kultureller Verbände Chinas haben, wie die Russische Telegraphen-Agentur aus Peking meldet, Karachan den Wunsch ausgedrückt, daß die normalen Beziehungen zwischen China und Rußland wiederhergestellt werden möchten, und haben ihre Bereitschaft erklärt, einen entsprechenden Druck auf die chinesische Regierung auszuüben. Auf die Bitte, Peking nicht zu verlassen, erklärte Karachan den Delegationen, er wolle nicht sofort abreisen. In zahlreichen Versammlungen und Flugblättern sprechen sich die Chinesen für die sofortige Bestätigung des abgeschlossenen Abkommen aus. In einem an seine Regierung gerichteten Telegramm fordert General Wupeifu die sofortige Annahme des Abkommens. Die Regierung hat den Minister des Aeußern aufgefordert, die Verhandlungen mit Karachan fortzuführen.

Angesichts der Nichtbestätigung des Abkommens durch China hat es Tschitscherin abgelehnt, Lidzao zu empfangen.

)(**Moskau**, 24. März. Wie die die Russische Telegraphen-Agentur aus Peking meldet, ersuchte Minister des Aeußeren Wellington Koo den Vertreter der Sowjetregierung Karachan, der Sowjetregierung die Bitte Chinas um Annullierung der dreitägigen Frist sowie den Vorschlag der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu übermitteln. Dr. Wan habe keine Vollmachten zur Unterzeichnung des Abkommens gehabt. Karachan lehnte Wellington Koos Ersuchen ab und berief sich auf den erschöpfend dargelegten Standpunkt der Sowjetregierung. Er fügte hinzu, er könne auf eine Diskussion über das Verhältnis des offiziellen Delegierten der chinesischen Regierung zu deren Minister des Aeußern nicht eingehen, da dies eine innere Angelegenheit Chinas sei.

Der Reichshaushalt 1924.

Berlin, 24. März. Die Blätter veröffentlichen eine vorläufige Uebersicht über den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1924, die allerdings die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit, der Steuer- und Verwaltungshoheit des Reichs und der beteiligten Länder im besetzten Gebiet zur Voraussetzung hat. Die Gesamteinnahmen des Reichs betragen demnach 5,41, die Gesamtausgaben 5,27 Milliarden Goldmark. Im ordentlichen Haushalt werden die Einnahmen mit 5144 Millionen Goldmark veranschlagt, denen fast ebenso hohe Ausgaben gegenüberstehen. Im außerordentlichen Haushalt werden 130 Millionen Goldmark an Einnahmen erwartet, denen Ausgaben für verschiedene Zwecke, so zur Beseitigung von Kriegsfolgen, für öffentliche Bauten usw. gegenüberstehen. Für die Ausführung des Friedensvertrags sieht der Entwurf 640 Millionen Goldmark vor. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Besatzungskosten, die 560 Millionen beanspruchen, während für das gesamte deutsche Heeres- und Marinewesen nur 450 Millionen im Etätentwurf vorgesehen sind.

Die Verteidiger haben das Wort

WTB **München**, 24. März.

Der Verteidiger des Angeklagten Dr. Weber,

Rechtsanwalt Dr. Mayer-Würzburg,

sucht die Theorie von der gelungenen Revolution zu entkräften. Die Angeklagten hätten nichts anderes gewünscht, als im Verein mit den **legitimen Machtmitteln** eines Bundesstaates in die Reichspolitik aktiv einzugreifen. Der Verteidiger befaßte sich eingehend mit der Frage der Rechtsgültigkeit der Weimarer Verfassung in Bayern und erklärte, daß Bayern niemals auf seine grundlegenden Rechte verzichtet habe. Die Angeklagten hätten sich nicht gegen die Weimarer Verfassung, sondern nur gegen die Reichsregierung gewandt. Für sie sei nur eine Aenderung der leitenden Regierungsstellen in Frage gekommen. Kahr wäre nach seinen eigenen Aeußerungen

Diktator von Gottes Gnaden,

er habe als uneingeschränkter Diktator über dem Ministerium gestanden. Ein solches Ministerium sei kein verfassungsmäßiges mehr, es hätte also auch kein Angriff auf eine verfassungsmäßige Regierung erfolgen können. Schließlich beantragt der Verteidiger die Freisprechung Dr. Webers.

Der Verteidiger des Kapitänleutnants Kriebell,

Rechtsanwalt Dr. Grabemann,

erklärt, die Verhandlungen hätten bewiesen, daß kein Makel an der Person seines Mandaten hafte. Kriebell sei stets der offene gerade und tapfere Offizier gewesen. Bei den Einwohnerwehren und der Orgesch zu sprechen, habe er als Soldat sich im guten Glauben trotz mehrfacher Enttäuschungen für die Politik Kahrs habe einfangen lassen. Kriebell habe die Leitung der Kampfverbände nicht innegehabt. Er sei dermilitärische Berater Hitlers gewesen und habe als solcher nur die Pläne und Entschlüsse Hitlers in die Tat umgesetzt. Hierauf bittet der Verteidiger für den nächsten Teil seiner Ausführungen die Oeffentlichkeit auszuschließen. Der Antrag wird durch den Staatsanwalt unterstützt, worauf der Vorsitzende den Gerichtsbeschluß bekannt gibt, die Oeffentlichkeit sei für den weiteren Teil der Ausführungen des Verteidigers ausgeschlossen.

Gegen Mittag wird die Oeffentlichkeit wiederhergestellt. Grabemann versucht im weiteren Verlauf seine Plaidoyer an Hand von Zeugenaussagen nachzuweisen, daß tatsächlich ein Waffengang gegen die Verbände geplant war. Kahr habe sich mit diesen Plänen einverstanden erklärt. Lossow habe einen Zwischenfall mit Hitler benutzt, um zu flüchten. Es sei eine eigentümliche Erscheinung des Prozesses gewesen, daß sich die drei Hauptzeugen an nichts mehr erinnerten. Kriebell habe an der Festnahme der Minister nicht mitgewirkt. In der Rechtsfrage schließt sich R. A. Grabemann den Ausführungen seines Kollegen an. Nach Beendigung der Rede des R.-A. Grabemann stellte der Erste Staatsanwalt fest, daß dieser in einigen seiner Ausführungen **gegen die Staatsanwaltschaft persönlich geworden sei.**

Zu Beginn der Nachmittagssitzung verliest zunächst der Vorsitzende

Erklärungen des Justizrats Claß,

in denen Claß feststellt, daß zwischen ihm **und Kahr Verträge weder besprochen oder abgeschlossen seien, daß zwischen Kahr, Lossow, Seißert und ihm keine Verbindung bestanden habe.** Weiter verliest der Vorsitzende eine Erklärung des

Kultusministers Dr. Matth

gegenüber der Behauptung Holls, wonach **Kardinal Faulhaber Matth gegenüber dem Unternehmen Hitlers in der Putschnacht zugestimmt habe** und worauf dann der telephonische Anruf Matths an das Generalstaatskommissariat erfolgt sei. Diese Behauptung erklärt Matth **für frei erfunden.** Zu diesen Ausführungen erklärt R. A. Holl, daß er das Wort „frei erfunden" zurückweisen müsse. Holl behauptet, daß die beiden Männer an dem fraglichen Abend an einer Versammlung des pfälzischen Hilfsvereins teilgenommen hätten.

R. A. Hementer,

führte aus: Pöhner sei seinem Eid und seiner Ueberzeugung bis zum heutigen Tage treu geblieben. Kahr und seine Mitarbeiter hätten in Wahrheit den Boden für die Ereignisse vom 8. und 9. 11. geschaffen. Auf alle Fälle hätten die Angeklagten aus den Ereignissen seit der Errichtung des Generalstaatskommissariats Kahr keinen anderen Schluß ziehen können, als den, daß Kahr, Lossow und Seißert entschlossen seien, die deutsche Frage im Bismarckschen Sinne zu lösen. Pöhner habe von Anfang an der Wahrheit die Ehre gegeben. Es müsse ausdrücklich festgestellt werden, daß Pöhner am Morgen des 8. 11. nichts von dem bekannt gewesen sei, was in den Tagen des 5. und 7. 11. zwischen Kahr und den Herren des Kampfbundes sowie Lossow und Seißert und den Offizieren besprochen worden sei. Er sei daher in dem Glauben gewesen, daß sich an dem Entschluß Kahrs, nach Berlin zu marschieren, nichts geändert habe. Pöhner habe sich auch hier bereit erklärt, die Funktionen des bayerischen Ministerpräsidenten zu übernehmen.

Schweres Eisenbahnunglück. 16 Tote.

Paris, 25. März. (Drahtbericht.) Im Bahnhof Bonsdorf hat sich ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 16 Tote zu verzeichnen. Der **Postwagen** und **2 Personenwagen** sind zertrümmert. Es ist, da einer der zertrümmerten Wagen noch nicht gehoben werden konnte, damit zu rechnen, daß unter den Trümmern noch mehrere Opfer, von denen man bisher nichts weiß, liegen.

Der tschechoslowakische Gesandte gestorben.

Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der Tschechoslowakischen Republik in Berlin, Herr V. Tusar, ist gestern abend um 6dreiviertel Uhr einem schweren Herzleiden, an dem er er seit einiger Zeit litt, erlegen.

Rockefeller gedenkt der deutschen Kinder.

)(**Newyork**, 24. März. (Durch Funkspruch.) John Rockefeller junior hat dem Hilfskomitee für die deutschen Kinder eine Spende von 25 000 Dollar überwiesen.

Zum Tode verurteilt.

Berlin, 25. März. Die Darmstädter Strafkammer verurteilte den 30jährigen Händler Hoffmann, der beschuldigt ist, gemeinsam mit dem Kriminalinspektor Becker, der sich in der Untersuchungshaft erhängt hatte, seine Frau in einem Auto in den Wald bei Rohrbrunn gebracht und dort erwürgt zu haben, auf Grund eines Indizienbeweises zum Tode.

Ein feines Nachtlogis.

WTB **Paris**, 24. März. Wie die Morgenblätter berichten, ist es einem Obdachlosen gelungen, in den für den bevorstehenden Besuch des rumänischen Königspaares bereitgestellten Räumen im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten 2 Nächte unangefochtenzuzubringen. Erst in der vergangenen Nacht wurde er von Polizeibeamten aus dem Schlaf geweckt.

Ministerpräsident a. D. Stegerwald.

(Fortsetzung aus Nr. 71.)

Ich vermisse bei den sozialdemokratischen Massen **jeden Sinn für Volk, Nation, Vaterland und für die gewaltigen religiösen und sittlichen Werte ohne, die ein niedergeworfenes Volk sich nicht wieder erheben kann.** Auch bei den breitesten Kreisen des Bürgertums ist der bloße Sinn für materielle Dinge, wie man am leichtesten und schnellsten Geld verdienen kann, stark verbreitet. Weite Volkskreise haben sich praktisch noch nicht damit abgefunden, daß auch der Lohnarbeiter ein gleichberechtigter und gleichzuachtender Christ, Mensch und Deutscher ist. Gegen diese mammonistische Geistesverfassung gilt es anzukämpfen, ganz gleich, wo sie sich vorfindet, ob links oder rechts.

Auch in **den eigenen Reihen** bin ich in den vergangenen Jahren vielfach nicht verstanden worden. Ich habe den deutschen Zusammenbruch nicht von außen, sondern von **innen** miterlebt. 1916 wurde ich in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes, 1917 ins Preußische Herrenhaus berufen. In den letzten Kriegsjahren hatte ich mehrfach Gelegenheit, mit dem früheren Kaiser zusammenzutreffen und ich habe die Regierungskrise im alten Regime bei Bethmann-Hollweg, Michaelis, v. Hertling, dem Prinzen Max usw. miterlebt. Ebenso die ständigen Spannungen zwischen dem Reich und Preußen, zwischen Reichsleitung und oberster Heeresleitung in den letzten Jahren während des Krieges. Im Ernährungsbeirat des Reichstages lernte ich 1916-18 Ebert und Wels kennen, sodaß ich später auch die Revolution von innen beobachten konnte. Nach der Revolution wurde ich Wohlfahrtsminister und Preußischer Ministerpräsident und habe nahezu drei Jahre Gestaltung und Werden des neuen Staates wiederum von innen angesehen. Ich bin also sechs Jahre lang sowohl im alten wie im neuen Regime im intimsten Kranken- und Operationszimmer des deutschen Volkes gestanden.

Nachdem die Revolution einmal da war und die Sozialdemokratie das alte Regime in der Führung abgelöst hatte, hätte ich sehr gewünscht, daß sie dem deutschen Volks- und Staatsleben neue Impulse gegeben hätte. Jahrelang mußte ich aber beobachten und stellte sich immer klarer heraus, daß die deutsche, insbesondere die sozialistische Arbeiterschaft nicht die Kraft und politische Reife besaß, um überwiegende Trägerin des neuen Staats- und Volkslebens werden zu können. Daher vertrat ich von 1920 ab den Gedanken

der Zusammenfassung auf nationaler und sozialer Grundlage: die deutsche Volksgemeinschaft.

Weil ich die Größe des deutschen Zusammenbruches im Innern miterlebte, habe ich es vermieden, mich mit Wirtschafts- und sozialpolitischen Einzelfragen zu beschäftigen — sondern habe ich mich bemüht, die Arbeiterschaft immer wieder zu energischer Mitarbeit an der Wiederaufrichtung der Grund- und Umfassungsmauern des neuen deutschen Staatsgebäudes aufzufordern. Als

Grund- und Umfassungsmauern ist der Staat

anzusehen; die Wirtschafts- und Sozialpolitik bilden die Etagen und die Kulturpolitik die schönsten Zimmer im Staatsgebäude. Ohne gefestigten Staat ist keine solide Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik möglich. Daher habe ich in den letzten Jahren der deutschen Arbeiterschaft unausgesetzt gesagt: **Packt kräftig an beim deutschen Wiederaufbau, bringt Opfer ohne Rücksicht auf Tagesvorteile,** damit Euch im neuen Staatsgebäude nicht wieder die bloßen Keller- und Speicherzimmer zugewiesen werden können. Das war Sinn und Ziel meiner Arbeit in den letzten Jahren.

Gegenwärtig sind große Wählerschichten

mit der Zentrumspartei unzufrieden.

Die Zentrumspartei teilt dieses Schicksal mit allen Parteien die in den letzten Jahren verantwortlich am Staate mitgearbeitet haben.

Mit der deutschen Politik im ganzen während der letzten Jahre bin ich auch ganz und gar nicht zufrieden. Verkehrt, ja geradezu naiv ist es, dafür eine einzelne Partei, vor allem die Zentrumspartei verantwortlich machen zu wollen. **Mindestens 60 bis 70 Prozent unserer großen deutschen Politik wurde in den letzten Jahren zwangsläufig bestimmt durch unsere außenpolitische Lage. Wir haben den Krieg verloren, der Versailler Vertrag wurde uns aufgepreßt, wir sind ein wehrloses Volk, wir stehen unter der brutalen Gewalt des grausamen französischen Peinigers. An diesen kardinalen Tatsachen konnte in den letzten Jahren keine deutsche Regierung, mochte sie rechts oder links gerichtet sein, etwas Durchgreifendes ändern. Soweit aber die deutsche Politik hätte anders gestaltet werden können, scheiterte sie an dem deutschen Parteiwesen.**

Die konstitutionelle Monarchie

ist in absehbarer Zeit für Deutschland aus außen- und innerpolitischen Gründen **eine Unmöglichkeit.**

Die Diktatur

wird von der äußersten Rechten und von den Kommunisten gemeinsam erstrebt, aber mit entgegengesetzten Zielen: die einen wollen die autoritäre Militärherrschaft gegen die ganze Welt aufrichten die in kurzer Zeit kläglich scheitern müßte, die anderen wollen, nach russischem Vorbild, Weltrevolution spielen. Das bedeutet mit tödlicher Sicherheit **den restlosen Zerfall Deutschlands.** Mithin bleibt nur übrig:

das parlamentarische Regierungssystem,

das allerdings sehr verbesserungsbedürftig ist. Mit Ausnahme von zwei Monaten (erstes Kabinett Stresemann vom August bis Oktober 1923) hatten wir in den letzten vier Jahren im Reiche **unausgesetzt Minderheitsregierungen.** Die Kabinette Fehrenbach, Wirth, Cuno, das zweite Kabinett Stresemann und das jetzige Kabinett Marx hatten keine festen Koalitionsmehrheiten hinter sich. Und selbst diese Minderheitskabinette waren während beinahe Jahren völlig uneinheitlich. Einmal mußte die Regierungskoalition **von der Mitte nach links,** dann wieder **von der Mitte nach rechts** gebildet werden. Die Sozialdemokraten, die Demokraten, die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei sind seit der Revolution in die Reichsregierung ein und ausgetreten. Und mit einer solchen parlamentarischen „Wurstelpolitik" in Verbindung mit der Machtlosigkeit nach außen sollte das deutsche Volk aus seinem tiefsten Elend herausgeführt werden.

Der letzte Reichstag

lebte 45 Monate, 32 Monate mußte die Zentrumspartei den Reichskanzler stellen. In evangelischen Kreisen sagt man,

der „Ultramontanismus"

wolle in Deutschland die politische Führung an sich reißen. Davon habe ich in den letzten Jahren nichts gemerkt. Nach der letzten Reichstagswahl hatte der Reichspräsident zunächst Dr. Heinze von der Deutschen Volkspartei mit der Regierungsbildung betraut. Nach eintägigem Bemühen gab dieser seinen Auftrag ergebnislos zurück. Dann berief der Reichspräsident Trimborn. Dieser hat auf Herrn Fehrenbach stark einwirken müssen, bis er sich zur Annahme der Kanzlerschaft bestimmen ließ. Nach ihm kam Dr. Wirth. Das Londoner Ultimatum näherte sich seinem Ablauf und Deutschland hatte noch immer keine handlungsfähige Regierung. Mit der Uhr in der Hand mußte die neue Regierung gebildet werden. Ich kann als damaliger preußischer Ministerpräsident bezeugen, daß

Wirth die Kanzlerschaft nicht erstrebte,

sondern zu ihrer Uebernahme geradezu gepreßt wurde. Und wie stand es mit

Marx?

An einem Freitag Abend wurde Stresemann gestürzt, am darauffolgenden Donnerstag hatten wir noch keinen Kanzler. Deutsche Vertreter saßen in Paris vor der Reparationskommission und verlangten unausgesetzt telegrafische Anweisungen für ihr Verhalten. Die rheinischen Oberbürgermeister kamen verzweifelt nach Berlin und verlangten, um in ihren Städten das nackte Leben aufrechterhalten zu können, von der Reichsbank Geld. Dem Deutschen Reiche aber fehlte in solcher Lage eine aktionsfähige Regierung. Es wurden als Kanzler der Reihe nach in Aussicht genommen Albert, v. Kardorff, Jarres und ich. Alle Versuche scheiterten. Ich lehnte ab, weil ich keine Zweidrittelmehrheit im Reichstag für ein neues Ermächtigungsgesetz bekommen hätte, ich meine Kanzlerschaft aber weder mit einem Verfassungsbruch beginnen, noch mit dem sehr zweifelhaften und anfechtbaren § 48 der Reichsverfassung die allerschwierigsten Reichsaufgaben durchführen wollte. Es bestand die Gefahr, daß die bevorstehenden kompliziertesten aller Fragen durch Verordnung des Reichspräsidenten hätten geregelt werden müssen, von denen manche der Staatsgerichtshof mangels sicherer Rechtsbasis für ungültig hätte erklären können. Damit wären wir über deutsche Lebensfragen in eine unerträgliche Rechtsunsicherheit von Verordnungen wäre weiterhin das Reichsoberhaupt einer großen Blamage vor dem In- und Ausland ausgesetzt worden. In solcher Situation habe ich Marx zum Reichskanzler vorgeschlagen. **Marx hat die Kanzlerschaft,** ebenso wie Fehrenbach und Wirth, bestimmt **nicht erstrebt; auch er mußte zur Uebernahme schwer bearbeitet werden.** Er hat auch von der Sozialdemokratie die Zustimmung und damit die erfolgreiche Zweidrittelmehrheit des Reichstages für ein neues Ermächtigungsgesetz erhalten. Nur so konnte das deutsche Volk und das Reich auf einer festen Rechtsgrundlage über den letzten Winter hinübergebracht werden.

Bei dem gegenwärtigen deutschen Parteiwesen

ruht auf der Zentrumspartei die denkbar größte politische Verantwortung.

Die „Köln. Ztg." hat vor einigen Wochen mit Recht geschrieben, daß die politischen Verhältnisse in Sachsen und Thüringen deshalb so schwierig seien, weil dort der **vermittelnde Zentrumsdurchschuß fehle,** der die Verbindung zwischen rechts und links herstelle. Die Vorgänge der letzten Jahre in Bayern und der das deutsche Volk im In- und Auslande schwer schädigende Hitler-Ludendorff-Prozeß hätten sich nicht abgespielt, wenn sich die Bayerische Volkspartei nicht von der Zentrumspartei getrennt hätte.

In Deutschland kann bis auf weiteres nicht mit Extremen regiert werden. 1920 führte die Deutsche Volkspartei den Wahlkampf mit der Parole: „Von der Roten Ketten macht Euch frei allein die Deutsche Volkspartei!" Drei Jahre später wurde der Führer der Deutschen Volkspartei, Stresemann, unter Mitwirkung der Sozialdemokratie Reichskanzler. Im November 1922 hat die Sozialdemokratie die große Koalition mit Wirth als Reichskanzler abgelehnt; neun Monate später mußte sie der großen Koalition mit Stresemann als Reichskanzler zustimmen.

Die deutschnationale Agitation will den Versailler

Vertrag zerrissen wissen.

Als im **Dezember 1923** die Heranziehung der Deutschnationalen Volkspartei zur Regierung ernsthaft in Frage kam, sah auch **sie keinen anderen Ausgangspunkt für die deutsche Außenpolitik als den Versailler Vertrag.** Und heute schon sage ich voraus: Wenn die Deutschnationale Volkspartei nach den Reichstagswahlen an die Regierung kommen sollte, dann zerreißt sie den Versailler Vertrag, der nicht bloß die französische, sondern die Unterschriften fast aller Staaten der Welt trägt, bestimmt nicht. Jahrelang ist von rechts

die Getreideumlage

als die größte Ungerechtigkeit gegen die Landwirtschaft hingestellt worden. Die **Kapregierung,** die doch rechtsgerichtet war, hat dagegen in ihrer ersten Proklamation die Landwirtschaft zu großen Opfern aufgefordert und ausgesprochen, daß noch nach jedem verlorenen Kriege der Grundbesitz für den Wiederaufbau große Lasten habe auf sich nehmen müssen. Jahrelang ist den deutschen Landwirten die freie Wirtschaft als das „Beil der Welt" hingestellt worden. Jetzt besteht sie im wesentlichen seit einem halben Jahre, und in Wahrheit ist es der deutschen Landwirtschaft seit Jahrzehnten nicht mehr so „dreckig" ergangen wie in den letzten Monaten. Solange der ganze Stand und infolgedessen die ganze Wirtschaft krank ist, können auch einzelne Zweige mit Schlagworten, mit neuen Systemen und Parteien nicht zur Gesundung gebracht werden.

Der

Zentrumspartei

gehörten im letzten Reichstag nur 15 Prozent aller Abgeordneten an. Wer daher glaubt, daß die Zentrumspartei die deutsche Politik zu 60 bis 70 Prozent im Sinne ihres Programms hätte beeinflussen oder dirigieren können, ist ein großer politischer Naivikus. Die Zentrumspartei hat also seit der Revolution die sie nicht bezwungen und nicht mitgemacht hat, meist den Reichskanzler stellen müssen. Sie ist die einzige Partei, die von der Revolution bis heute bejaht und bittersten Tagen aus gehalten hat. Die Zentrumspartei hat sich nie eingebildet, etwa in ihren Reihen allein die fähigsten Köpfe zu haben im Vergleich zu anderen Parteien. Nein, die tiefste Ursache für die Stellung und Haltung der Zentrumspartei in den letzten Jahren ist: daß ohne sie als Mittelpartei keine politische Zusammenfassung des deutschen Volkes möglich ist, weil eben das deutsche Volk noch nicht ausreichend **politisch denken, das Ganze über das Einzelne zu sehen,** gelernt hat. Weil dem so ist und weil die Zentrumspartei neben der Bayerischen Volkspartei in Deutschland die einzige Partei ist, die nicht bloß mit politischen und materiellen, sondern

auch mit religiösen Gesichtspunkten zusammengehalten

wird, deshalb konnte nur sie und mußte sie in den letzten Jahren der allein „ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht" sein.

In den letzten Monaten mußte das Kabinett Marx

Gewaltkuren

vornehmen: Steuernotverordnungen, Hypothekenaufwertung, Personalabbau, Arbeitszeitverordnung usw. Damit wurde die Bevölkerung sehr stark belastet. Und trotzdem gab es keinen anderen Weg. Nur so ließen sich die Grundlagen schaffen für künftiges deutsches Leben. Die **katholische Arbeiterschaft** hat an der Zentrumspartei manches auszusetzen: in der Zentrumsfraktion des Reichstages sind die Arbeiter als gleichberechtigt und gleichwertig anerkennt; in der Zentrumspartei im Lande ist das noch nicht allenthalben der Fall und konnte das in wenigen Jahren auch nicht erzielt werden. Die Zentrumspartei ist weder eine klösterliche Gemeinschaft, noch eine Familie im engeren Sinne. Und selbst in diese Gemeinschaften, zumal in dunkelsten kinderlosen Familien soll nicht immer Harmonie bestehen. In Deutschland aber sind 30 Mill. Menschen wahlberechtigt zum Reichstag. Bei der bevorstehenden Reichstagswahl treten etwa zwei Dutzend politische Parteien auf. Das ist das sicherste Zeichen für die gegenwärtigen geistigen und politischen Krankheitserscheinungen im deutschen Volke. Derjenige, der das parlamentarische Regierungssystem, derjenige, der den Volksstaat will, muß große politische Parteien wollen. In großen Parteien aber wird es nie zu erzielen sein, daß viele Millionen Anhänger in allen Fragen zu ein und derselben Meinung gebracht werden können. Wer in grundlegenden Fragen, wer in 60 bis 70 Prozent aller Fragen mit einer Partei übereinstimmt, für den dürfen die restlichen Fragen nicht den Grund abgeben, aus einer Partei auszuscheiden. Die Gehalts- und Lohnempfänger bilden 70 Prozent des deutschen Volkes. Es ist ausgeschlossen, daß es diesen Menschenmassen gutgehen kann, solange für das Volks- und Staatsganze nicht wieder feste Grundlagen geschaffen sind. „Wenn der Himmel einfällt, sind alle Spatzen tot!" Wir müssen daher das Ganze sehen lernen, wir müssen für das Ganze kämpfen!

Deutschlands große Zeit war, als Staat und Christentum innerlich miteinander verbunden waren. Danach müssen wir wieder streben. Der Staat hat das Christentum als gewaltige sittliche Lebensmacht zu fördern und zu pflegen. Die beiden Religionsgemeinschaften und die Schule haben Volk und Staat, sittlich starke Menschen und gute Staatsbürger mit gegenseitigem Verständnis zu erziehen. Unsere Wahlparole muß sein:

Das Ganze über das Einzelne sehen, das deutsche Vaterland über das Volk lieben, damit wir unserer künftigen Generation ein besseres und glücklicheres Volk und Vaterland hinterlassen als es unseren Tagen beschieden war.

Wilhelm Gustloff gegen Husten W139

Pieskes neuer Chauffeur.

Roman von Friede Birkner.

Amerik. Copyreight 1925 bey Karl Köhler u. Co., Berlin W. 15.

6) (Nachdruck verboten.)

Daß ihn rechts die Köchin und links das Küchenmädchen mit verliebten Blicken traktierten, ging ja noch. Auch daß ihm Lisette, die ihm gegenübersaß, mit liebevoller Hingabe und Ausdauer auf die Füße trat, fußelnder Weise, mochte noch gehen, zumal ja die attackierten Schuhe Herrn Pieske gehörten und nicht ihm. Aber daß Jean, der feine, vornehme Jean, mit konstanter Bosheit und atemberaubender Vehemenz das Messer durch den Mund zog, das war bitter. Und Hans erwartete bei jeder Mahlzeit, daß Jeans Gesicht sich in zwei Hälften trennen würde. Aber es war dem nie so, und Hans kam zu der Ueberzeugung, daß Messerhelden wohl einen eigenen Schutzengel haben mußten.

Minna, die Köchin, war eine Dame im gefährlichen Alter, und Hans hatte eine Riesenarbeit zu leisten, um sich diese liebeglühende Seele in respektabler Entfernung zu halten, zumal Lisette die Manöver Minnas mit giftschillernden Augen verfolgte und Hans das Schlimmste für den heiligen Küchenfrieden befürchtete.

Hätten diese beiden geahnt, daß in seiner Seele ein ganz anderer Stern leuchtete, so hätte Minna, die Dame im gefährlichsten Alter, die Portionen für ihn nicht mehr so reichlich bemessen. Und was Lisette in ihrem Zorn getan hätte, wagte Hans sich gar nicht auszumalen.

Hans Sörensen, der neue Chauffeur bei Pieskes, war verliebt. Richtig verliebt, in Astrid Hermsdorf, Gesellschafterin bei Pieskes, war bis über beide Ohren verliebt in dieses reine, feine Rassegeschöpf, die ihn so gar nicht beachtete, die den Chauffeur so ganz als Luft behandelte. Noch keinen einzigen kleinen Blick hatte sie ihm wieder gegönnt aus ihren schönen, hellen Augen.

Wie anders dagegen Lolotte Pieske! Ungeniert und offensichtlich kokettierte sie mit dem Chauffeur, der es aber aus „Dummheit" nicht bemerkte. Aber liebend gern hätte er Lolotte manchmal eine gut deutsche Ohrfeige gegeben, wenn er mit anhören mußte, wie sie Astrid hin und her kommandierte und schikanierte.

Wenn er sich den Erfolg einer solchen Ohrfeige ausmalte, mußte er herzlich lachen. Lolotte samt Anna Pieske würden in Ohnmacht fallen über diesen „ordinären" Menschen, Astrid würde ihn nur mit einem kühl erstaunten Blick streifen, und Emil, der Herr des Hauses, würde ihn sofort entlassen. Also unterließ er lieber die Ohrfeige.

Seiner Mutter hatte er geschrieben, daß er eine angenehme, gut bezahlte Stellung bei Herrn Emil Pieske gefunden habe und daß es ihm jetzt möglich sein würde, kleinere Geldsendungen nach Haus zu schicken.

„Meine Beschäftigung hier ist sehr angenehm. Ich wohne im Haus und werde auch hier beköstigt. Bei Pieskes spielt Geld keine Rolle, es schwirren die Millionen in der Luft. Herr Pieske ist Hauptaktionär der Wehlerschen Motorfabrik. Ihr könnt Euch sicher noch auf meinen Regimentskameraden und Freund Robby Wehler besinnen, der zur Zeit meines Urlaubs 1917 in der dortigen Knochenmühle, alias Militärheilanstalt, lag, mit einer kleinen Verwundung. Ich brachte ihn doch öfter zu Hennys Entzücken mit zu Euch. Ihr entsinnt Euch? Dieser Robby Wehler ist der Sohn des alten von Wehler, der die Aktiengesellschaft gegründet hat. Robby soll momentan in Amerika sein. Es war ein urnetter Kerl. Im Regiment hieß er der Pferdedieb, da er immer zu allerhand Tollheiten aufgelegt war.

Der alte Herr von Wehler hat geschäftlich sehr viel mit Herrn Pieske zu tun, doch sind die beiden Antipoden. Das Finanzgenie von ehemals und der Spekulant von heute. Und müssen doch an einem Strang ziehen, nur mit dem Unterschied, daß der Spekulant sich die Schweißperlen der Arbeit mit der flachen Hand von der Stirn streicht, und das Finanzgenie von damals das feine, weiße Leinentuch aus der Gehrocktasche zieht und sich damit die Stirn betupft.

Henny wird wieder lachen und sagen: Hans kann das Philosophieren ebensowenig lassen, wie die Katze das Mausen. Hast recht, Henny, ich bin ein Esel, was geht mich Pieskes Schweiß an, wenn er nur ordentlich Gehalt zahlt.

Wann wir uns einmal wiedersehen? Kinder, das kann lange dauern. Bei den Fahrpreisen!

Doch nun Schluß. Ihr beiden lieben Weiberlein. Haltet Euch gesund, nährt Euch gut und schreibt viel.

Eurem Hans."

Hans las noch einmal diesen leicht geschwindelten Brief durch und trug ihn dann schnell nach dem Postkasten, denn in einer halben Stunde mußte er mit dem kleinen geschlossenen Wagen vor der Tür stehen. Fräulein Lolotte hatte befohlen.

Sie befahl jetzt meist den kleinen Wagen. Und Hans wußte auch schon längst, wieso und warum.

Der Wagen war so gebaut, daß der Chauffeur mit in dem Wagen drinnen saß, der nur drei Plätze hatte. Und da wußte es Lolotte immer mit echt pariserischem Chic so einzurichten, daß sie irgendwie an ihm vorbeistreifte. Ja, neulich hatte sie es sogar wunderbarerweise fertig gebracht, daß sie sich fast auf seinen Schoß gesetzt hatte. Allerdings hatte sie da die Existenz des Steuerrades ganz vergessen und kam ziemlich hart auf das Steuerrad zu sitzen, anstatt auf den Schoß des schönen Chauffeurs. Mit einem wütenden „Aua" fuhr Lolotte in die Höhe und plumpste vertikalisch in den hinteren Sitz. Hans streichelte im geheimen zärtlich das Steuerrad, das ihn bewahrt hatte, Lolottes süße Last zu spüren.

Aber immer gelang es Lolotte beim Aus- oder Einsteigen, ihn irgendwie zu streifen. Astrid, die ständige Begleiterin Lolottes, war so absolut Dame, daß Hans das gewöhnliche Benehmen von Pieskes Sprößling nur noch mehr auf die Nerven fiel.

In seiner tadellos sitzenden Uniform sah Hans ganz famos aus. Die kleidsame Mütze verdeckte nichts von dem interessanten Gesicht. Seine schmalen, schöngepflegten Hände, die Verräter für ihn hätten werden können, hatte er immer in Fahrhandschuhen stecken.

Er stand mit dem kleinen Wagen vor dem Haupteingang des Hauses, hielt die offene Wagentür in der Hand und wartete auf die Damen. Er hatte sich diesen neuen Trick ausgedacht, da er dadurch vielleicht den „Streifungen" Lolottes entgehen konnte. Während er so stand und wartete, kam ein vornehmer alter Herr aus dem Haus. Es war Graf Windisch. Hans wußte für den Moment nicht, was er tun solle, zumal es ihm schien, als ob ihn der alte Herr prüfend ansah, so als ob er in seiner Erinnerung suchte, wem der Chauffeur ähnlich sehe.

Die Gedanken des Grafen waren: Hm, dieser Chauffeur sieht irgendjemandem ähnlich, ich komme aber nicht darauf, an wen er mich erinnert. Jedenfalls sieht er bedeutend feiner aus als Herr Pieske selbst. Und da Herr Pieske die Uniform meines Chauffeurs kopiert hat, nehme ich an, daß sie ihm sehr gut gefallen hat.

Hans sah dem alten Grafen Windisch entschieden mit gemischten Gefühlen nach. Was hätte der alte Herr wohl gesagt wenn er zu ihm hingegangen wäre und gesagt hätte: „Grüß Gott, Herr Graf, es stimmt, ich bin Hans Sörensen, jetzt Chauffeur bei Pieskes!" Da hätte Graf Windisch sich sicher auf dem Absatz herumgedreht und hätte ihn stehen lassen. Es war jedenfalls besser, daß er es nicht getan hatte.

Jetzt kam Lolotte, von Astrid gefolgt, aus dem Haus Lolotte trippelte kokett mit ihren Stöckelschuhen nach dem Auto, beifallheischende Blicke um sich werfend. Und wenn Hans geglaubt hatte, daß er ihr entging, dann hatte er sich getäuscht. Sie markierte eben Hilflosigkeit beim Einsteigen, und da mußte er als gutgeschulter Chauffeur schon zufassen und stützen.

Als er dann Astrid behilflich sein wollte, traf ihn ein abweisender Blick aus den hellen Augen. „Danke schön, ich liebe das nicht, ich kann gut allein einsteigen," sagte sie halblaut mit ihrer weichen, dunklen Stimme.

Hans verneigte sich nur, stieg dann hinter Astrid ein und setzte sich an seinen Führerplatz.

(Fortsetzung folgt.)

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

w Opfer.

Wir stehen schon mitten in einem Wahlkampf. Dem von der größten Bedeutung für das Geschick Deutschland. Erbittert wird gerungen werden müssen. Es handelt sich um Deutschlands Leben oder Not. Die Leute an führender Stelle der Zentrumspartei setzen ihr ganzes Sein ein. Der Krieg aber erfordert, was schon Graf Monte Kukuli erkannte, **Geld, Geld** und nochmals **Geld.**

Wir wenden uns daher an alle Parteimitglieder mit der Bitte, uns für Wahlzwecke einen Beitrag zur Verfügung zu stellen, der dem Einkommen und den Vermögensverhältnissen des einzelnen angemessen ist. Für jede paar Mark, die man uns gibt, können wir eine weitere Stimme gewinnen. Erfahrungsgemäß kann man von einem pflichteifrigen Staatsbürger, wie die demokratische Partei in ihrem Wahlaufruf betont, verlangen, daß er in Wahlschoren zwei vom Hundert seines Jahreseinkommens für seine politische Partei opfert. Hinzu kommt, daß **Deutschland Gesundung und allmählicher Wiederaufstieg nur aus der Weiterführung der bisherigen Politik erwachsen kann.** Diese Politik wurde getragen von allen Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie. Sie wurde im letzten entscheidenden Teile auch ohne und gegen die Sozialdemokratie gemacht. Wer will, daß diese Politik weitergeführt werden soll, muß uns vor allen Dingen auch **finanziell** behilflich sein, den Wahlkampf zu führen. Das Geld ist bei den Extremen von rechts und links. Die russischen Quellen fließen bei den Kommunisten, die reaktionären fließen auf der rechten Wer das Reich erhalten will, wer die Reichseinheit sichern, wer die Weiterentwicklung Deutschlands pflegen will, der muß die Partei der Mitte, das **Zentrum** unterstützen, das einen christlichen Staat erstrebt. Christliche Wähler zeigt Eure Opferbereitschaft für die christlichen Kulturinteressen auch durch finanzielle Opfer und unterstützet so die Partei, welche die Hüterin der christlichen Kulturinteressen ist. Durch ein reichliches Scherflein zur Stärkung des Parteifonds der Zentrumspartei sorgt für ein christliches Deutschland, das wieder der Blüte entgegen gehen kann.

Der Personalabbau in den Gemeinden

Zur Durchführung des Personalabbaus in den Gemeinden sind jetzt die **vorläufigen Ausführungsbestimmungen** der preußischen Minister des Innern und der Finanzen erschienen. Allgemein wird darin ausgeführt, daß für den Personalabbau jede Gemeinde und jeder Gemeindeverband als selbständige Einheit behandelt wird. Eine rein mechanische Anwendung der Vorschrift der Abbauverordnung des Reichs ist aber bei den Gemeinden noch weniger durchführbar als im Lande. Der Abbau von 25 Prozent ist aus diesem Grunde in die Form einer Sollvorschrift gekleidet worden. Für jede Gemeinde und jeden Gemeindeverband besteht aber grundsätzlich die Verpflichtung, das Personal so weit wie irgend möglich abzubauen. Die Abbauverordnung bezieht sich lediglich auf **besoldete** Beamte, Ehrenbeamte unterliegen ihren Vorschriften nicht. **Nicht** einzurechnen sind ferner die im Kommunaldienst stehenden **Lehrpersonen, deren Zahl durch den Staat** zu vermindern ist. Ebenso sind die Beamten der kommunalen Polizei, soweit sie nicht lediglich im Innendienst verwendet werden, in die Gesamtzahl der Beamten nicht einzurechnen.

0-0 **Olpe**, 25. März. **(Eine Warnung für Kleb-pflaster.)** Nach der Anordnung des Oberpräsidenten vom 23. Februar 1924 (veröffentlicht in dem Regierungsamtsblatt Stück 9 S. 16) in Verbindung mit Artikel 1 §§ 2 und 4 des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 (Reichsgesetzblatt Seite 147) werden nunmehr auch Verstöße gegen die Vorschriften über die Polizeistunde, die von Gästen begangen werden, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafen oder mit einer dieser Strafen bestraft, stellen also Vergehen im Sinne des Strafgesetzbuches dar. Gäste, die gegen die Bestimmungen der Anordnung verstoßen, laufen also Gefahr, von der Staatsanwaltschaft verfolgt und weiterhin gerichtlich bestraft zu werden. Im Falle einer Verurteilung gelten sie als gerichtlich „vorbestraft", was sehr unangenehme Folgen haben kann, da die Staatsanwaltschaft verpflichtet ist, die Eintragung der Strafe in das Strafregister zu veranlassen. Hierbei ist besonders zu beachten, daß auch der Anordnung des Oberpräsidenten vom 23. Februar 1924 § 1 Absatz 2 das Verweilen der Gäste in den Wirtschaftsräumen über die festgesetzte Polizeistunde hinaus auch ohne besondere Aufforderung des Wirtes verboten und strafbar ist. Es ist anzunehmen, daß sich weite Kreise der Bevölkerung über die Gefahr, der sie sich durch Verstöße gegen die Vorschrift über die Polizeistunde aussetzen, noch nicht klar geworden sind. Es kann hiernach nur jedem Wirtshausbesucher im eigensten Interesse dringend empfohlen werden, die festgesetzte Polizeistunde genau zu beachten.

:: **Olpe**, 25. März. **(Neue Titel.)** Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, den Leitern der Katasterämter und Vorsitzenden der Grundsteuerausschüsse die Amtsbezeichnung **Katasterdirektor** zu geben.

)(**Olpe**, 25. März. **(Eisenbahnzeitkarten.)** Die Handelskammer teilt uns hierzu folgendes mit: Der Deutsche Industrie- und Handelstag hatte sich dafür eingesetzt, daß bei der am 1. März d. Js. durchgeführten Erhöhung der Fahrpreise der 3. und 4. Klasse Härten für den Berufsverkehr, insbesondere für die Zeitkarten, tunlichst vermieden werden. Als Ergebnis seiner Bemühungen teilt er mit, daß die Deutsche Reichsbahn beabsichtigt, voraussichtlich mit Wirkung vom 1. April d. J. eine **Ermäßigung** der Zeitkartenfahrpreise dergestalt eintreten zu lassen, daß die Zeitkarten für Strecken zwischen 10 und 30 Klm. je nach der Entfernung gestaffelte Ermäßigungen erfahren. Bei 30 Klm. soll eine Ermäßigung von 20 Prozent erreicht werden, welche auch bei weiteren Entfernungen die gleiche bleibt. Durch diese Maßnahme hofft die Reichsbahn, die Härten für diejenigen Zeitkarteninhaber zu mindern, die infolge der Wohnungsnot oder aus ähnlichen Gründen gezwungen sind, weiter entfernt von ihrem Arbeitsort zu wohnen.

Die Olper Zentrumspartei auf dem Plane.

(**) **Olpe**, 25. März.

Sonntag abend fand im katholischen Vereinshause eine gut besuchte Zentrumsversammlung statt. Der Wahlkampf hatte auch Leute der anderen politischen Parteien auf den Plan gerufen, weshalb auch die Versammlung einen höchst interessanten Verlauf nahm.

Nach kurzer Begrüßungsansprache seitens des Vorsitzenden der Zentrumspartei sprach

Abg. Baumhoff:

Wir stehen vor einem Wahlkampf, wie er vielleicht erbitterter noch nie geführt wurde. Das Zentrum wird bei diesen Wahlen den Hauptstoß auszuhalten haben.

Welche Partei ist für unsere Bedürfnisse die beste?

Er wies dann nach, daß die Zentrumsabgeordneten mit der besten Absicht sich bemüht haben, alles das zu tun und zu schaffen, was zum Wohle des Vaterlandes recht war, und wandte sich gegen die Kritiker, die in den letzten Jahren im Lande herumgereist seien und gegen unsere Politik gearbeitet hätten.

Was wir taten, hat uns das Gewissen geboten.

Die Agitation gegen uns ist groß. Wir wollen sehen, ob die Vernunft siegt und ob man uns glaubt. Weiter legte der Redner Rechenschaft darüber ab, **was die Zentrumspartei in den letzten Jahren geleistet hat,** streifte die Arbeit in den Schützengräben i. J., die von Osten drohende Gefahr des Bolschewismus u. a. Wir haben die Zentrumsmänner von damals leider vergessen. **Gewisse Leute sind nach Schweden geflohen.** (Zurufe: Namen nennen! Antwort: **Ludendorff.**) Die Zentrumsfraktion steht stark und fest. Ausländische Blätter sprechen davon, daß er uns einen großen Dienst erwiesen hat. In Anbetracht der politischen Zerrissenheit hat

das Zentrum die einzig mögliche Politik gemacht, uns vor dem Sturz bewahrt.

Das Zentrum hat den Karren wieder soweit aus dem Dreck gebracht, daß der Bürger heute wieder sein Haupt ungestört zur Ruhe legen kann.

Wir haben die christliche Kultur gerettet,

haben **auch dazu beigetragen, daß die evangelische Kirche zu ihrem Rechte gekommen ist.** Wir haben die evangelische Kirchenverfassung ermöglicht.

Redner verbreitet sich dann über

die Notwendigkeit der Reichseinheit,

die die einzige Möglichkeit der Stärke für das deutsche Volk sei. Die Einheit müßten wir retten. Der Separatismus habe uns viel Sorge gemacht. Aber mit dem Einsetzen der Politik des Reichskanzlers Marx trat eine Besserung ein. Die Politik der letzten Jahre stand unter dem lähmenden Druck von außen. Wir dürfen nicht vergessen, daß

die Quelle aller Brutalität in Frankreich

liegt. Mit Gewalt diese Brutalität abstreifen, geht nicht.

Wir können keinen Krieg mit Frankreich führen.

Unsere Macht reicht dazu nicht. Frankreich muß mit anderen Mitteln bekämpft werden.

Unsere Erfüllungspolitik hat Erfolg gehabt.

Das sehen wir an Frankreich, England, Italien und Amerika. Das Ansehen Deutschlands im Auslande ist gestiegen.

Lähmend hat sich auf unsere Finanzpolitik der Stand der Währung gelegt.

Die Stabilisierung der Mark mußte kommen.

In unserer Finanzpolitik herrschte eine allgemeine Anarchie. Landwirtschaft und Industrie haben s. Z. ein starkes Opfer bringen müssen bei der Rentenbank. Die Maßnahmen der Regierung waren hart, der Uebergang von der Inflation zur Stabilisierung war furchtbar, aber die Opfer mußten gebracht werden. Arbeiter und Beamte müssen die Opfer bringen.

Abg. Baumhoff kam dann auf den **Achtstundentag** zu sprechen. Er sagte,

die Zentrumspartei ist unbedingte Anhängerin des Achtstundentages, aber nicht des schematischen.

Die heutige Zeit zwingt zur ausreichenden Produktion auch für das Ausland, die nicht ausreicht. Die Art und Weise, wie man den Achtstundentag beseitigt hat, hat nicht die Billigung des Zentrums. Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft. Die Scharfmacherei s. Z. im Industriebezirk können wir nicht billigen. **Es sin viele Fehler gemacht auch seitens der Arbeiter, nicht aber von der christlichen Arbeiterschaft.** (Seitens der anwesenden Sozialisten werden Zurufe gemacht.) Die Opfer der Arbeiterschaft sind riesengroß, aber auch

die Opfer der Beamtenschaft.

Abg. Baumhoff geht dann auf die Gehaltskürzung der Beamten und den Beamtenabbau ein und begründet diese Fragen. Der Abbau sei eine Verletzung der verbrieften Rechte der Beamten. Die Regierung habe das Recht nur dazu, wenn es die Interessen des Staates erforderten. Aber die Regierung habe sich über den Weg der Verfassung nicht hinweggesetzt, sie stehe in der eisernen Zwangslage, den Abbau durchzuführen. Ein wachsames Auge müsse man richten auf die Personaldezernenten, nicht auf alle. Für sie sei es fürchterlich, abzubauen. Die Katholikenfeindschaft sei noch nicht gestorben. **Den Katholiken, die gewissen Organisationen nachlaufen, kann man nur sagen:** „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber". (Gelächter.) Auch ein

Abbau in der Schule

war vorgesehen. Es muß auf die Erhaltung der Bildung des Volkes gesehen werden. **Den Abbau hat das Zentrum verhindert. Die Sozialisten** verlangten, daß

die Geistlichkeit abgebaut

werden sollte. Auch das haben **wir verhindert.** Die Opfer der Beamten sind groß, sagte der Redner, aber tragen wir die Opfer allein? Ich denke auch an unsere

Landwirtschaft.

Wir müssen Steuern zahlen bis zum Weißbluten, wie der Finanzminister sagt. Die größten Opfer werden heute von der Landwirtschaft gefordert. Mehr als 50 Prozent wird heute dem Landwirt weggesteuert. Aber wir müssen die Leiden auf uns nehmen. Es geht um's Ganze! Gott lob ist aber der Opfergeist noch nicht gestorben.

Wir haben heute

zwei politische Geistesrichtungen:

die groß-deutsch-völkische und die marxistische.

Es ist unsere Gewissenspflicht, **auch den Bischöfen Dank zu sagen,** was sie in dieser Hinsicht gesagt und getan haben. Höchstgefährlich ist die **religiöse Bewegung, die hier in Westfalen jetzt vor sich geht.** Wes Geistes Kind die Deutsch-Völkischen sind, dafür gab Baumhoff prächtige Beispiele. Er sprach auch von **Maria Kahle.** Sprach über ihre letzte Rede in Olpe, wo in der Quintessenz des Ganzen **„Haß"** gepredigt wurde. (Pfui- und Bravorufe.) Was über die **Faulbaherhetze** und die **Katholikenversammlung in Elberfeld** (Die Leser unseres Blattes wissen es ja.) geschrieben worden ist, und was die Reden Ludendorffs und Hitlers alles geboten haben, das hat uns alle mit tiefem Schmerz erfüllt. Wir haben ihn als strategischen Führer geschätzt, aber was er **gegen das oberschlesische Zentrum** und gegen **den hl. Vater gelagt hat, ist empörend.** Wenn diese Herren den Kulturkampf haben wollen, gut:

die Söhne sind nicht schlechter als ihre Väter.

Auf die Bestrebungen des

Jungdo

eingehend, betonte der Redner: Vaterlandsliebe ist eine christliche Tugend. Sie gebietet ein rückhaltloses Eintreten für die Aufhebung der Gegensätze. Aber die heutigen Auswüchse des **übertriebenen Nationalismus sind unchristlich.** Der Chauvinismus **ist unchristlich.** Hat nicht der Jungdo oft den Chauvinismus gepredigt?

Die Autorität muß gestärkt werden.

Sie ist eine von Gott gewollte Einrichtung. Der Jungdo betätigt sich nicht überall so, wie im schwarzen Sauerlande. (Elberfeld!) Seien Sie vorsichtig! Von 90 Jungdoleuten wette ich, daß keine 10 wieder Zentrum wählen.

Der Sozialismus

ist keine Partei, kein geschlossenes Ganzes. Er muß uns vorkommen als eine gefallene Größe. Er wird bei diesen Wahlen eine Schlappe erleiden, wie noch nie. Der Sozialismus hat ja nichts zu bieten als trostlose Verneinung.

Das Zentrum

wird wie bisher weitergehen den Weg, den uns unsere Führer mit Windthorst an der Spitze gezeigt haben. **Die Partei hat sich nicht geändert, wohl aber die Zeit.** Das Zentrum **wirkt,** und Männer wie Frauen haben den Mut, offen Farbe zu bekennen. Deshalb bei der Wahl wollen wir geloben: Bei den Vätern dort oben wollen wir geloben, unserer Väter wert zu sein. — Abg. Baumhoff erntete reichlichen, wohlverdienten Beifall für seine klaren und gut durchdachten Ausführungen.

-- **Attendorn**, 25. März. Am Sonntagmorgen um 6 Uhr ertönte schon wieder die **Feuerglocke.** Es brannte im Hause des Zigarrenfabrikanten Epe an der Schützenstraße, und zwar in einem Zimmer, in dem Tabakvorräte aufbewahrt werden. Durch das Zugreifen der Betroffenen und der sofort zahlreich herbeigeeilten Nachbarn konnte der Brand bald gelöscht werden. Die Feuerwehr brauchte, obschon sie sehr rasch zur Stelle war, nicht in Tätigkeit zu treten. Die Entstehungsursache des Brandes ist gänzlich unbekannt.

—!— **Olpe**, 25. März. **(Einziehung von Banknoten.)** Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden, daß die Reichsbanknoten zu **zehn und hundert Billionen** aufgerufen und eingezogen werden. Auch diese Noten mußten seinerzeit so eilig hergestellt werden, daß ihre technische Ausführung mangelhaft war, und deshalb den Fälschern ihr Handwerk erleichterte. Bis zum **20. April 1924** werden die Noten bei sämtlichen Reichsbankanstalten eingelöst werden und nachher noch bis zum 20. April 1925 bei der Reichsbankhauptkasse. Später erlischt jede Einlösungspflicht.

!! **Olpe**, 25. März. **(Neue Gebühren für Aerzte und Zahnärzte.)** Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt hat durch eine neue Gebührenordnung die Honorare der Aerzte und Zahnärzte auf Goldmark abgestellt. Die Gebühren sind gegenüber der Zeit vor dem Kriege im allgemeinen um ein Viertel gemildert worden. Aus den Kreisen der Krankenkassen wird die Meinung laut, daß diese Minderung nicht dem Maße entspreche, in dem Löhne, Gehälter und dergleichen herabgesetzt worden sind. **Insbesondere** wird aber hervorgehoben, daß die Krankenkassen vor dem Kriege die Aerzte in der Regel nach Pauschsätzen bezahlten, die etwa 30—40 v. H. unter den Mindestsätzen der amtlichen Gebührenordnung blieben. Nunmehr würden aber die Aerzte durchweg nach den Mindestsätzen der amtlichen Gebührenordnung bezahlt, sodaß tatsächlich (?) die Aerzte zurzeit höhere Vergütungen erhielten als vor dem Kriege, daß die Aerzte die Einzigen seien, die in dieser Zeit in ihrem Einkommen gegenüber der Zeit vor dem Kriege keine Minderung, sondern eine Erhöhung erfahren.

00 **Olpe**, 25. März. **(Personenzug-Verlegung auf der Strecke Olpe—Dieringhausen.)** Wie das Gummersbacher Verkehrsami mitteilt, fällt der Personenzug 1190 (Abfahrt ab Olpe 5.21 Uhr, an Dieringhausen 6.34 Uhr) aus. Dafür verkehrt Sonntags der Zug 1224 ab Olpe 8.56 Uhr, an Dieringhausen 9.58 Uhr.

?? **Olpe**, 25. März. Wie bereits bekannt gegeben, war nach Verhandlungen mit der Regie in Aussicht genommen, den **Schnellzugsverkehr durch das Ruhrgebiet** vom 23. März an wiederaufzunehmen. Die Durchführung der Schnellzüge durch das Ruhrgebiet kann zum lebhaftesten Bedauern der Reichsbahnverwaltung noch nicht erfolgen, da eine Einigung mit der Regie bezüglich der Vereinfachung des Paß- und Zollwesens noch nicht zustande gekommen und damit die pünktliche Durchführung der Schnellzüge nicht gewährleistet ist.

„ **Olpe**, 25. März. **1 Uhr-Polizeistunde im ganzen Reich?** Nach Berliner Meldungen besteht an dortigen amtlichen Stellen die Absicht, für das ganze Reichsgebiet eine einheitliche Regelung der Polizeistunde vorzunehmen. Entsprechende Verhandlungen mit den Ländern sind eingeleitet. Im Ministerium des Innern steht man auf dem Standpunkt, daß wohl die Zeit gekommen sein dürfte, dem schwer ringenden Gastwirtestande Erleichterungen zu verschaffen, umsomehr, als einmal durch die stabile Währung sich die Wirtschaftslage gebessert hat, weiter weil Tausenden von Angestellten neue Verdienstmöglichkeiten gegeben werden, und schließlich, weil es notwendig ist, den Zustrom der Fremden zu fördern. Die verschiedenen Vereinigungen der Wirte haben erneut nunmehr eine Eingabe an das Ministerium des Innern gerichtet. Alle in Betracht kommenden Instanzen stehen dieser Eingabe wohlwollend gegenüber, und es kann damit gerechnet werden, daß in den ersten Tagen des April die Verlängerung der Polizeistunde bis 1 Uhr nachts erfolgen wird. Es soll dann langsam der alte Friedensstand wiederhergestellt werden, d. h. solche gutgeleiteten und geführten Lokale, die schon früher im Frieden verlängerte Nachtkonzessionen hatten, bis 2, 4 und 6 Uhr morgens, sollen auch jetzt wieder diese Zeiten erhalten.

:-: **Olpe**, 25. März. Die Reichsbanknebenstelle Olpe teilt uns mit, daß die **10- und 100-Billionen-Scheine** auch **aufgerufen** seien.

k. **Altenhundem**, 25. März. Die hiesige Gemeindevertretung beschloß die Erhöhung der Mandate von 14 auf 18.

Provinzielles.

WTB **Hagen**, 21. März) **(Amtliche Mitteilung des deutschen Konsuls in Sao Paulo (Brasilien) über das Schicksal der bisher abgegangenen Auswanderertransporte und über sonstige Auswandererfragen.)** Der deutsche Konsul in Sao Paulo hat auf Antrag in einem eingehenden Bericht folgende Mitteilungen an die hiesige Gewerbepolizei gelangen lassen: Der am 30. 1. 24 mit dem Dampfer Sap-Worte angekommene Transport von 102 Personen des Bundes Langenbach fand zum größten Teil hier in der Stadt im Bauhandwerk Unterkommen, der Rest von einigen wenigen Familien hat Beschäftigung in der Landwirtschaft gesucht. Der 2. Transport von 228 Köpfen ist auch bereits am 19. 2. 24 eingetroffen und ein weiterer sollte am 9. 2. 24 die Ausfahrt antreten. Ob diese noch abgefahren sind, oder ob da das bekannte Telegramm des Schwindel-Willy sie zurückgehalten hat, ist nicht festzustellen. Die Unterbringung der vor wenigen Tagen hier Eingetroffenen begegnete nun ernsten Schwierigkeiten. Die brasilianische Regierung ist nach wie vor bereit, dieselben als Tagelöhner in Kaffeeplantagen unterzubringen. Es wird zunächst freie Unterkunft in der staatlichen Einwanderungsherberge gewährt werden. Freie Fahrt nach einer Bundeskolonie außerhalb des Staates Sao Paulo kommt nicht in Betracht, da die Einwanderer keine Ausweispapiere als landwirtschaftliche Arbeiter hatten. Die Arbeit auf Kaffeeplantagen ist für deutsche Einwanderer nicht zu empfehlen. Für Auswanderungen in größerem Umfange besteht hier keine Unterbringungsmöglichkeit.

* **Gräßlichen Tod** fand an der Bahnstrecke zwischen Georgenthal und Morgenstern bei Reichenberg der 43jährige Arbeiter Lang. Er hatte die Bahnstrecke, um früher nach Hause zu kommen, unbefugterweise betreten. Als plötzlich in einer Kurve der Zug vor ihm auftauchte, wollte er rasch die Böschung hinaufklettern, aber die angehäuften Schneemassen gaben nach, und so rutschte Lang, den sicheren Tod vor Augen und ohne daß er und der Zugführer es hindern konnten, langsam in die rollenden Räder. Diese erfaßten den Unglücklichen und schleiften ihn etwa 40 Meter mit fort, wo er tot liegen blieb.

Kirchliches

Silberanes Priesterjubiläum.

Am 20. März feierten folgende Geistliche der Diözese Paderborn ihr silbernes Priesterjubiläum: Pfarrer Bernhard Schulte in Fauna, St. Joseph; Pfarrer August Schulte in Günne Krs. Soest; Pfarrer Johannes Schröder in Allagen. Pfarrer Theodor Bühner in Mastholte; Gymnasialdirektor Studienrat Friedrich Hüttemann in Werl; Pfarrer Joh. Nonnenwinkel in Westernkotten; Pfarrer Franz Rieke in Ottbergen; Pfarrer Paul Schwiete in Warburg.

Wirtschaftsteil.

Erhöhung der Roheisenpreise.

WTB **Essen**, 23. März. In der letzten Sitzung des Roheisenverbandes wurde seitens der Geschäftsführung mitgeteilt, daß die Nachfrage nach Roheisen in den letzten Wochen wesentlich zugenommen habe. Der Druck der ausländischen Konkurrenz habe infolge der Steigerung des Frankenkurses nachgelassen. Die Preise des ausländischen Roheisens seien infolgedessen heute im wesentlichen höher als die Preise des Inlandseisens. Mit Rücksicht darauf, daß die jetzigen Roheisenpreise für alle Werke verlustbringend sind, wurde beschlossen, die Preise für Qualitätsroheisensorten (Hämatit, Gießereiroheisen 1 und 3, Kuddeistahl, Spiegeleisen und Siegerland-Zusatzeisen) für alle Verkaufsgebiete um 3 Mark pro Tonne mit sofortiger Wirkung zu erhöhen. Andererseits wurde beschlossen, den Abnehmern inbezug auf das Zahlungsziel weit entgegenzukommen. Die Zahlungsbedingungen werden dahin geändert, daß Lieferungen in der ersten Monatshälfte bis Schluß des betreffenden Monats, die Lieferungen in der zweiten Monatshälfte bis zum 15. des folgenden Monats zu bezahlen sind.

Eiberfelder Schlachtviehmarkt.

WTB **Elberfeld**, 24. Februar.

Bericht der amtlichen Notierungskommission. Auftrieb 515 Stück Großvieh, davon 250 Ochsen, 92 Bullen, 247 Färsen und Kühe, 75 Fresser, 1748 Schweine, 146 Holländer, 719 Kälber, 134 Schafe.

Preise in Mark für 50 Kg. Lebendgewicht:

1a. Ochsen. a 50—52, b 46—48, c 38—42, d 30—35.

B. Bullen. a 46—48, b 38—43, c 30—35.

C. Färse und Kühe. a 50—52, b 46—48, c 35—40, d 25—30, e 20—25.

D. Jungvieh. a 25—35.

2. Kälber. a —, b 60—65, c 50—55, d 40—45, e 30—35.

3. Schafe. a 40—45, b 30—40.

4. Schweine. a 62—64, b 64—66, c 66—68, d 70, e 40—60, f. 50—62.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. X. Bachem, Berlin. Hauptschriftleitung: Dr. phil. Albert Wand. Verantwortlich für den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Teil: Dr. Wand.; für den örtlichen und provinziellen Teil und Feuilleton: Paul Fischer, beide in Olpe; für die Berliner Redaktion: J. V. Kraus, Berlin-Schöneberg.

An unsere Kundschaft!

Mit Wirkung vom 20. ds. Mts. ab lassen wir folgende Erhöhung in den bisher gültigen Zinssätzen eintreten, sowohl in

Rentenmark- wie Papiermarkrechnungen:

a) für täglich verfügbares Guthaben in gebührenpflichtiger Rechnung 8% jährlich (bisher 6%)
b) für Gelder auf 15 Tage und länger, jedoch weniger als 3 Monate fest, bezw. mit einer entsprechenden Kündigungsfrist 10% jährlich (bisher 8%)
c) für Gelder auf 3 Monate und länger fest bezw mit einer entsprechenden Kündigungsfrist. 12% jährlich (bisher 10%)

Für unter b) und c) genannte Gelder garantieren wir **Wertbeständigkeit**, d. h. bei einer etwaigen Entwertung der Papier- oder Rentenmark erstatten wir dem Geldgeber die volle Entwertung.

Olpe, den 24. März 1924.

Deutsche Bank :: Zweigstelle Olpe i. W.

(w882)

Bekanntmachung.

Zwecks Erhebung der am 1. April fälligen Grundschuld- und Umlagezinsen sowie der Vorauszahlungen auf die Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftssteuer und sonstiger fälligen Steuern wird die Finanzkasse folgende Hebetermine abhalten:

Dienstag, den 1. April,
vormittags 8—12 Uhr in der Gastwirtschaft Wwe. Peter Anton Arens in Wenden,
nachm. 3—6 Uhr in der Gastwirtschaft Karl Wirth, Rothemühle;

Mittwoch, den 2. April,
vorm. 8—12 Uhr, nachm. 2—6 Uhr in der Gastwirtschaft „Deutscher Kaiser", Drolshagen, außerdem nachm 2—6 Uhr in der Gastwirtschaft Bock, Wegeringhausen;

Donnerstag, den 3. April,
vorm. 9—12 Uhr in der Gastwirtschaft Hoffmann, Altenhundem,
nachm. 3—6 Uhe in Gastwirtschaft Cordes, Kirchhundem;

Freitag, den 4. April,
vorm. 8½—12 Uhr, nachm. 3—6 Uhr in der Gastwirtschaft „Zum Rauch", Attendorn, außerdem vorm. 9—1 Uhr in der Gastwirtschaft Sangermann, Oberveischede;

Samstag, den 5. April,
vorm. 8½—12 Uhr in der Gastwirtschaft Kugel, Listernohl,
nachm. 2—6 Uhr in der Gastwirtschaft Robert Willmes, Heggen;

Montag, den 7. April,
vorm. 9—1 Uhr, nachm. 3—6 Uhr in der Gastwirtschaft Ernst Heydorn, Grevenbrück.

Zur Deckung der Unkosten wird eine Gebühr erhoben, und zwar bei Beträgen bis 10 Mk. 10 Pfg., über 10 Mk. 20 Pfg.

Die finanzielle Notlage des Reiches erfordert gebieterisch den pünktlichen Eingang der Steuern, nach Ablauf der Fälligkeitstermine wird deshalb unverzüglich mit der Beitreibung begonnen werden. Stundungsgesuchen kann in Zukunft nicht mehr entsprochen werden.

In Zukunft werden, im Monat April beginnend, wieder Sprechtage abgehalten werden, und zwar:
am 1. und 3. Samstag jeden Monats von 9—1 Uhr im Bürgermeisteramt Attendorn, am 1 und 3. Donnerstag jeden Monats von 9½—1 Uhr im Amtshause Kirchhundem. [†830

Olpe, den 20. März 1924.

Das Finanzamt



Halte am Donnerstag, dem 27. von 9 bis 12 Uhr, mit einer Auswahl junger

Schweine

beim Gastwirt Müller am Markt in Olpe. [†886

Dißmann, Obenspiel.



Halte Mittwoch, den 26. ds. Mts. von nachmittags 4 Uhr an mit einer Auswahl junger

Schweine

in Grevenbrück am Bahnhof, 6 Uhr
in Förde Donnerstag morgen von 8—10 Uhr
in Bilstein, 11 Uhr [†859

in Kirchveischede.
Käufer ladet ein.

Emil König, Attendorn.
Telefon 188.



Halte Mittwoch, den 26. vormittags 9 Uhr mit einer Auswahl junger

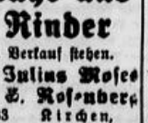
Schweine

beim Gasthof Norbert Deimel [†886

in Olpe

nachmittags von 2 Uhr ab bei meiner Wohnung.

Ed. Grebe, Wenden.
Telefon Nr. 31.



Von Freitag, dem 28. März ab, haben wir eine große Auswahl hochtragender und frischmelker

Kühe und Rinder

zum Verkauf stehen.

Julius Moses E. Rosenberg
w133 **Kirchen,**
Telef. 193 Amt Betzdorf.

Anzeigen
in dem „S. V."
haben Erfolg

Zur Frühjahrsbestellung empfehle:

Schwefels. Ammoniak, Ammoniak-Superphosphat, Kaliammonsalpeter, Thomasphosphatmehl, Kali u. Kainit.

Wilh. Schleifer Nachf.,
Olpe. (†867

Die Arbeiten einschl. Materiallieferung für die Licht- und Kraftanlage des Ortsnetzes Elben sollen an den Mindestfordernden vergeben werden.

Angebote sind zu richten an den

Vorstand
der Elektrizitätsgenossenschaft Elben (†871

Müller-Verein Olpe

Unser liebes Mitglied (†859)

Frau

Bernhard Clemens

geb. Kaufmann

ist gestorben.

Die Beerdigung findet Mittwoch ½3 Uhr nach vorhergehendem Seelenamte statt.

Braves, zuverlässiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit sucht zum 1. April

Frau Prof. Halbfleisch
Attendorn. (†866

Für meinen kleinen Haushalt von drei Personen suche ich zum 1. April ein braves, ehrliches (†865

Mädchen

Frau Prof. Pickert.

Ein fleißiges braves

Mädchen

von 18—20 Jahren für alle Hausarbeit gegen hohen Lohn zum 15. April gesucht. (†887

Emil Schmidt,
Wiesdorf b. Köln.
Hauptstr. 3.
Nähere Auskunft Olpe Friedrichstr. 20.

Für sofort wird ein katholisches

Dienstmädchen

(nicht unter 19—20 Jahren) für Haus- und Feldarbeit gesucht. Familienanschluß u. hoher Lohn wird zugesichert.

Richard Wilhelm
Niederneythen,
Kr. Siegen. [†846

Gesucht

für sofort oder bis zu Ostern ein braver kath

Lehrling u. ein Geselle.

Franz Joseph Kirchhoff

Herren- und Damen schneiderei, Olpe i. W., Westfälischestr. 36.

Der von dem Reichsbahnbetriebsamt Siegen in der gestrigen Nummer ds. Bls. angesagte Verdingungstermin findet nicht, wie angekündigt, am 24. März, sondern am 29. März 1924 statt.

Kautschukstempel und Emailleschilder

liefern wir in jeder Größe schnellstens.

Gebrüder Clemens, Olpe, Martinstraße.

K. K. V.
Krankenkasse.

Wegen Kassenabschluss wird gebeten die Beiträge bis März sofort einzuzahlen. †875) Der Vorstand.



Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut!

Achtung! Achtung!

Komme am Mittwoch nach Olpe auf den Marktplatz mit einer Waggonladung prima süßer

Apfelsinen

15 und 18 Stk. 1 Mk.

Dann hatten wir Gelegenheit, nochmals eine Sendung

prima Äpfel

einzukaufen 4 Pfd. 1 Mk., Eß- Koch- und Tafeläpfel, prima Rotkoh, Weißkohl, Wirsing und Blumenkohl, prima rote Speisemöhren 6 Pfd. 1 Mk, prima Rohespickinge 5 Pfd Kiste 1.50, Lagerzwiebeln 4 Pfd. 1 Mk. prima Holländer- und Edamerkäse Pfd. 1 Mk. und 1.10 Mk.

Alles andere billig. (†879

August Wegener, Elberfeld

Saison-Eröffnung!

Den geehrten Bewohnern von Olpe und Umgebung zur gefl. Kenntnis, dass ich die

diesjährige Frühjahrs-Saison
in
Damen- und Kinderhüten

eröffnet habe.

Offeriere
moderne Damen- und Kinderhüte
zu den Preisen von 3,— bis 15,— Mk.

Ich bitte um geneigten Zuspruch.

Maria Feldmann,
Olpe, Kölnerstr. 19.
(†877)

Für Ostern!

Sämtliche
Schulbücher
Schulhefte
Schulartikel
vorrätig.

Ruegenberg'sche Buchhandlung,
Olpe, { Frankfurterstrasse 16 / Bahnhofstrasse 3.

Weizen- und Roggenmehl, sowie Weizenkleie, Vollmehl
Futterhafer,
Saathafer (Fichtelgebirgs 1. Absaat), Mais, Gerste, Muskator-Pferdefutter
vorrätig. (†868

Wilh. Schleifer Nachf.,
Olpe.

Spareinlagen

auf gegenseitig 10 Tage fest verzinsen wir mit 10% pro Jahr und garantieren hierfür Wertbeständigkeit — 1 Goldmark = 10/42 u. s. Dollar. (†817)

Gewerbebank Altenhundem.
Fernsprecher Nr. 100 Amt Kirchhundem.

Gute lagerhafte

Mauersteine

liefert in jeder Menge zum Tagespreis aus dem **Steinbruche Drolshagen.**

Jungjohann & Siebel, G. m. b. H.
Fernruf Olpe 239. (†786

Die Geburt eines prächtigen

Otto

Jungen

zeigen hocherfreut an

Otto Mund und Frau,
Gertrud geb. Bergmann.

Olpe, den 23. März 1924. (†863

Ihre am 19. März vollzogene

Vermählung

zeigen ergebenst an

Reichsbankrat August Nacken
Gertrud Nacken geb. Beil
(†862)



Nachruf.

Am 22. ds. Mts. starb nach längerem Leiden unser Grubensteiger Herr

Albert Hüpper
aus Wirme.

Pünktlich und gewissenhaft im Dienste, war er uns stets ein pflichttreuer Beamte, dessen Andenken wir in Ehren halten werden. (†864

Silberg b. Welschenennest, den 24. März 1924.

Gewerkschaft Grube Glanzenberg.

Erhalte in den nächsten Tagen einige Waggon gelbfleischige

Speisekartoffeln
„Industrie"

und gebe selbige zum ungefähren Preise von

M. 3,70 bis 3,80 pr Ctr.

ab. (†878)

Joh. Schröder,
Holz- u. Kohlenhdlg., Olpe,
Marienstr. 44, Fernsprecher 144.

Fichtenstangen!

Spitzenknüppel, 125 × 5/8 cm ∅ dauernd gegen Kassa zu kaufen gesucht. w111

H. u. A. Hauses, Holzgeschäft,
Rüsperwerk b. Oberhundem i. W.

Zur bevorstehenden Aussaatzeit empfehle alle

Gemüse- u. Blumensämereien

in bester Qualität und Keimfähigkeit. Besonders reichlichen Vorrat in

Wolk- und Dickebohnen.

Ferner empfehle:

Obst- und Zierbäume, Beerensträucher u. -Bäumchen

in nur großfrüchtigen Sorten.

Niedrige und hochstämmige
Rosen, Heckenpflanzen, Kiefern, Lärchen u. Koniferen
für Park und Friedhof.

Bestellungen auf
4jähr. versch. Fichtenpflanzen,
prima gesunde, dunkelgrüne Ware mit sehr guter Bewurzelung nehme entgegen und bitte um baldige Aufträge. (†872)

J. Feldhaus, Olpe i. W.
Telefon 268. Telefon 268.